

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1967

Werden die seit der Abfassung des letzten Vierteljahresberichts¹⁾ eingeleiteten konjunkturpolitischen Maßnahmen ausreichen, um bald einen erneuten Konjunkturaufschwung herbeizuführen? Diese Frage stand Anfang April 1967, als dieser Bericht geschrieben wurde²⁾, im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Indessen konnte niemand hierauf schon eine verlässliche, durch objektive Daten abgesicherte Antwort geben. Die bis zu diesem Zeitpunkt vorhandenen statistischen Angaben reichten lediglich bis zum Monat Februar 1967, abgesehen von den Zahlen über die Arbeitsmarktlage am 31. März. Die Februarergebnisse konnten aber noch gar keine Einflüsse der konjunkturpolitischen Maßnahmen anzeigen — das ist frühestens in der Auftragsstatistik für den Monat April, wahrscheinlich sogar noch später, zu erwarten.

Bis zum Februar wiesen jedenfalls die statistischen Daten noch eine weitere Verschlechterung der Konjunkturlage aus. Andererseits ließen die Frühjahrmessen in Frankfurt und Köln eine wieder zuversichtlicher werdende Stimmung bei den Unternehmern erkennen. Daß sich bei ihnen allmählich ein Klimawechsel zu einer mehr optimistischen Beurteilung der künftigen Konjunkturentwicklung hin vollzieht, läßt sich aus den neuesten Ergebnissen des vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung laufend vorgenommenen Konjunkturtests ablesen. Allerdings würde man sicherlich ein falsches Bild erhalten, wenn man diese im ganzen etwas freundlicher gewordene Einstellung überbewertet. Sie hat sich sehr wahrscheinlich noch nicht auf die Entschlüsse der Unternehmer ausgewirkt; deren Haltung dürfte unverändert abwartend sein, insbesondere soweit es Investitionsplanungen und Vorratschpositionen betrifft.

Halten wir uns zunächst an die objektiven Daten. Danach war bis zum Februar 1967 die Nachfrage *ausländischer Firmen* die einzige expansive Kraft unter den großen Nachfragekomponenten. Für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung reicht sie allein indessen nicht aus. Die Nachfrage der Unternehmer *nach Investitionsgütern* war noch stärker zurückgegangen als im letzten Vierteljahr 1966. Ein Ausgleich durch eine verstärkte *Investitionstätigkeit des Staates* war im Februar, wie erwähnt, noch nicht möglich gewesen. Anders verhielt es sich mit dem *öffentlichen Verbrauch*, der überdurchschnittlich anstieg. *Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Verbrauchsgütern*, die 1966 immerhin reichlich 57 vH des Brutto-

sozialprodukts — und knapp die Hälfte der gesamten Nachfrage — erfaßte, stagniert dagegen seit Ende vergangenen Jahres.

Rekord im Ausfuhrgeschäft

Die gegenläufigen konjunkturellen Entwicklungen zeigen sich in den Ergebnissen sowohl der Außenhandels- als auch der Auftragsstatistik. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres stieg der Wert der Ausfuhr gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 13,3 vH auf 13,5 Md. DM an. Gleichzeitig wurden als Folge der rückläufigen Nachfrage auf den Inlandsmärkten um 6,1 vH weniger Waren eingeführt — insgesamt im Werte von 10,7 Md. D-Mark. Hieraus ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 2,8 Md. DM; er war fünfmal so groß wie der im Januar/Februar 1966. Rechnet man die Ergebnisse der Außenhandelsbilanz mit denen der defizitären Bilanzen der Dienstleistungen (vor allem aus Auslandsreisen) und der Übertragungen (Lohnüberweisungen der ausländischen Arbeiter und Wiedergutmachungsleistungen) zusammen, dann ergibt sich immer noch ein Aktivsaldo der laufenden Posten der Zahlungsbilanz in Höhe von rund 1,7 Md. DM, statt eines Defizits von 637 Mill. DM vor einem Jahr.

Es ist heute schon sicher, daß der Ausfuhrüberschuß in diesem Jahr eine noch nie gekannte Höhe erreichen wird. Die Schätzungen liegen zwischen 10 und 15 Md. DM; voraussichtlich wird der Überschuß ungefähr das Doppelte des bisherigen Höchstbetrages von 6,6 Md. DM im Jahre 1961 erreichen. Dadurch wird das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ganz erheblich gestört, und man kann heute schon Verärgerungen bei wichtigen Außenhandelspartnern voraussagen.

Eine gute Konjunktur bei einigen dieser Partnerländer — allen voran die USA —, aber auch der infolge der Rezession im Inland entstehende Zwang zum Export, selbst bei unvorteilhaften Preisen, lassen weiterhin hohe Zuwachsraten im Ausfuhrgeschäft erwarten. Die Industrie der Bundesrepublik konnte im Durchschnitt der beiden Monate Januar/Februar 1967 jedenfalls Aufträge von ausländischen Firmen verbuchen, deren Wert um mehr als ein Zehntel größer war als im gleichen Vorjahrszeitraum. Besonders begünstigt war dabei die Grundstoffindustrie mit Zuwachsraten von 16 vH im Januar und sogar knapp 30 vH im Februar.

Rückläufige Inlandsaufträge . . .

Ein ganz anderes Bild erhält man beim Betrachten der Auftragseingänge von einheimi-

1) GM, - H. 2/1967, S. 109 ff.

2) Dieser Bericht wurde am 9. 4. 1967 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie nur bis zum Monat Februar 1967 vor.

schen Firmen. Hier lag der Wert der Bestellungen im Januar um 15,8 vH und im Februar um 13,4 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsstand. Am stärksten betroffen vom Nachfragerückgang war die Investitionsgüterindustrie. Aus dem Inland erhielt sie im Januar um ein Viertel und im Februar um ein Fünftel weniger Aufträge. In der Grundstoffindustrie gingen die Inlandsbestellungen um 7,5 vH im Januar und um 7,2 vH im Februar zurück, in der Verbrauchsgüterindustrie um 11,6 bzw. 10 vH.

Von den großen Industriebereichen konnte nur die Grundstoffindustrie im *gesamten Auftragseingang* infolge der hohen Auslandsnachfrage das Vorjahrsniveau halten, wobei das gute Exportgeschäft der chemischen Industrie ausschlaggebend war. Im Durchschnitt der Industrie waren die Auftragseingänge insgesamt im Januar 1967 um 10 vH und im Februar um 8 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

... führen zu Produktionseinschränkungen

Die schlechte Auftragslage führte zu erheblichen Produktionseinschränkungen. Insgesamt lag die Industrieproduktion im Januar 1967 um 3,9 vH und im Februar um 4,7 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsstand. Dabei war der Rückgang wieder in der Investitionsgüterindustrie mit 9,4 vH bzw. 11,5 vH am stärksten, gefolgt von der Verbrauchsgüterindustrie mit einer Einschränkung um 7,1 bzw. 7,9 vH. Nur die Grundstoffindustrie konnte ihre Produktion um jeweils 1,7 vH steigern.

Die Ausnutzung der Produktionskapazitäten hat den niedrigsten Stand seit vielen Jahren erreicht; sie liegt bei etwa 75 vH gegenüber 85 vH ein Jahr zuvor. Um die Kapazitäten besser auszulasten, sind eine Reihe von Firmen zur Kurzarbeit übergegangen, zum Teil, indem sie an bestimmten Tagen Produktionspausen einlegen.

Bei den Arbeitsämtern waren Mitte März 251 700 Kurzarbeiter registriert, nachdem Mitte Februar mit 343 700 der bisherige Höchststand der Nachkriegszeit verzeichnet worden war. Allerdings werden nur Betriebe und Arbeitnehmer registriert, die am Zählstichtag mit einer um mindestens ein Sechstel verkürzten Arbeitszeit arbeiteten. Tatsächlich ist die Zahl der Kurzarbeiter höher. Hinzu kommen nämlich jene Arbeitnehmer, die zwar im Monatsdurchschnitt, nicht jedoch am Stichtag selbst Kurzarbeit verrichteten (im Februar betraf dies z.B. mehr als 100 000 Beschäftigte, vorwiegend im Fahrzeugbau) und solche Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit um weniger als ein Sechstel verkürzt wurde. Die hohe Zahl an Kurzarbeitern ist freilich auch ein Anzeichen dafür, daß die Unternehmer mit einer baldigen wirtschaftlichen Wiederbelebung rechnen. Sie

wollen die eingearbeiteten Arbeitnehmer möglichst behalten.

In diesem Verhalten dürfte auch ein wichtiger Grund dafür zu sehen sein, daß die Arbeitslosenziffer nicht ganz die noch am Jahresanfang mancherorts befürchtete Höhe erreicht hat. Der zweite wesentliche Grund war die für die Bauwirtschaft günstige Witterung in den Wintermonaten. Immerhin waren aber Ende Februar 673 400 Personen arbeitslos; daraus ergab sich eine Arbeitslosenquote von 3,1 vH. Im März sank die Arbeitslosenzahl auf 576 000. Dieser Rückgang war allerdings saisonbedingt; fast drei Fünftel der Wiederbeschäftigten waren Bauarbeiter. Eine konjunkturelle Besserung kann aus diesen Daten noch nicht abgeleitet werden. Um sie richtig einzuschätzen, muß man auch wissen, daß Ende März 178 800 weniger Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt waren als ein Jahr zuvor. Berücksichtigt man diese Zahl und die starke Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gegenüber dem vorigen Jahr und rechnet man weiter den Abbau von Überstunden, tarifliche Arbeitszeitverkürzungen sowie das konjunkturbedingte Ausscheiden von Rentnern und Hausfrauen aus dem Arbeitsprozeß hinzu, dann gelangt man zu einem Beschäftigungsrückgang von annähernd 4,5 vH.

Fehler der Vergangenheit haben tiefgreifende Folgen

Das düstere Bild, wie man es anhand des vorhandenen Zahlenmaterials von unserer Wirtschaft zeichnen muß, geht allerdings nicht auf das Konto der neuen Bundesregierung. Vielmehr wirken sich jetzt die wirtschafts- und finanzpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit in aller Schärfe aus. Aber es bestätigt sich auch, wie berechtigt die Warnungen der Gewerkschaften im vergangenen Jahr vor einer zu starken Dosierung der kreditbeschränkenden Maßnahmen der Bundesbank und einer zu späten Abkehr von dieser Politik waren.

Dabei ist das Tal der Konjunktur erst zum Teil durchschritten. Von den Konjunkturbarometern hat erst das empfindlichste — weil die Stimmung der Unternehmer messende — Instrument, nämlich der Ifo-Konjunkturtest, erste Anzeichen einer Veränderung registriert. Die Statistik der Auftragseingänge, als das etwas gröbere Barometer, zeigt nach wie vor ein starkes Tief an. Erst wenn hier der Umschwung einsetzt, werden wir allmählich aus dem konjunkturellen Tal herauskommen. Man wird auch nicht erwarten dürfen, daß dann der Aufschwung steil und in breiter Front einsetzen wird; dazu sind die Folgen der Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit zu tiefgreifend. Wahrscheinlicher ist ein langsamer und differenzierter Prozeß der Wiederbelebung.

Eventualhaushalt als Kern staatlicher Konjunkturpolitik

Wann der Aufschwung einsetzen und wie stark er dann werden wird, hängt freilich entscheidend von dem Ausmaß der staatlichen Konjunkturpolitik ab. Ihr Kernstück ist bis jetzt ein „Eventualhaushalt“ des Bundes in Höhe von 2,5 Md. DM. Er wurde am 23. Februar in der Form eines Kreditfinanzierungsgesetzes vom Bundestag verabschiedet; später soll er in den außerordentlichen Bundeshaushalt 1967 eingegliedert werden. Als ein abschließlicher Investitionshaushalt ist er im ganzen ein Beispiel dafür, wie die Lehren von *Keynes* in die Tat umgesetzt werden können. Denn aus diesem Investitionshaushalt sollen gezielte Aufträge dorthin vergeben werden, wo brachliegende Produktionskapazitäten unverzüglich wieder ausgenutzt und dadurch entweder Beschäftigte neu eingestellt, Kurzarbeit beseitigt oder Kündigungen vermieden werden können. Aus dem Eventualhaushalt sollen u. a. zusätzliche Investitionsprogramme der Bundesbahn (750 Mill. DM), des Bundesfernstraßenbaus (534), der Bundespost (485), der Landwirtschaft (200), des Verteidigungsministeriums (200), des Wohnungsbaus (150) sowie der Forschung (73) finanziert werden.

Die Finanzierung erfolgt *nicht* aus Steuermitteln, denn das würde lediglich eine Umleitung vorhandener Kaufkraft sein und keine belebenden Wirkungen auslösen. Vielmehr wird der Eventualhaushalt mit Hilfe der Bundesbank durch Aufnahme von Krediten finanziert. Da der Kapitalmarkt noch schonungsbedürftig ist, werden die Kreditmittel auf dem Geldmarkt in Form von verzinslichen Schatzanweisungen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren aufgenommen.

Für die Wirksamkeit des Eventualhaushalts ist ausschlaggebend, daß die Aufträge so schnell wie möglich erteilt werden. In der Praxis geht die Auftragsvergabe aber wohl doch noch etwas zu langsam vor sich. So wurden die beteiligten Bundesministerien am 17. Februar angewiesen, den ersten Teilbetrag von 850 Mill. DM als Sofortprogramm zu verwirklichen. Aber Anfang April waren erst Aufträge in Höhe von 400 Mill. DM bei den Firmen. Die zweite Rate von 800 Mill. DM wurde am 16. März vom Haushaltsausschuß des Bundestages freigegeben, die restlichen 850 Mill. DM Mitte April. Man wird sicherlich nicht fehlgehen in der Annahme, daß die letzten Aufträge erst im Mai/Juni bei den Firmen eingehen werden. Freilich ist der Verwaltung zuzugestehen, daß sie auf einen Eventualhaushalt nicht vorbereitet war — auch dies ein Versäumnis früherer Regierungen — und daß es ihr an Erfahrung mit einem solchen Instrument fehlt.

Um die Investitionstätigkeit der Wirtschaft anzuregen, hat die Bundesregierung mit Zu-

stimmung des Bundesrates außerdem beschlossen, für den Zeitraum vom 20. Januar bis zum 31. Oktober 1967 Sonderabschreibungen bis zur Höhe von 10 vH für bewegliche und von 5 vH für unbewegliche Güter des Anlagevermögens zu gewähren. Damit sollen allerdings nicht in erster Linie Erweiterungsinvestitionen, sondern vor allem Rationalisierungsinvestitionen, aber auch Ersatzinvestitionen, die zugleich dem technischen Fortschritt dienen, hervorgehoben werden. Das deckt sich mit den Investitionszielen, die die Unternehmer für 1967 bei einer Repräsentativbefragung dem Ifo-Institut nannten. Die in den meisten Branchen hohen Kapazitätsreserven beschränkten den Kreis der Firmen, die eine Erweiterung ihrer Produktionsanlagen planten, auf 22 vH. Dagegen nannten 61 vH die Rationalisierung als Investitionsziel, und 17 vH planten Ersatzinvestitionen. Die Ifo-Erhebung ergab allerdings auch, daß die Investitionslust der Unternehmer in diesem Frühjahr noch gering ist. Das läßt eine vorerst nur sehr zögernde Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen erwarten. In dessen kann mit einer starken Inanspruchnahme — und d. h. mit einem Stoß an Investitionsaufträgen — am Ende des Begünstigungszeitraums gerechnet werden, falls sich bis zum Spätsommer „Silberstreifen am Horizont“ abzeichnen.

Weitere Zinsereicherungen erforderlich

Der Beitrag der Bundesbank zur Konjunkturbelebung liegt einmal in ihrer Bereitschaft, bei der Kreditfinanzierung sowohl des Eventualhaushalts als auch jener Deckungslücken, die eventuell im normalen Bundeshaushalt als Folge konjunkturbedingter Ausfälle an Steuereinnahmen entstehen werden, zu helfen. Zum anderen unterstützte die Bundesbank auf ihrem Sektor die Politik der Bundesregierung, indem sie vor allem den Diskontsatz in zwei Stufen von 5 auf 4 vH senkte und ab 1. März Mindestreserven in einer Größenordnung von 1,7 Md. D-Mark freigab. Dringend geboten ist eine weitere Senkung des Diskontsatzes und damit der Zinsen — auch nach Ansicht des Bundesbankpräsidenten. Denn die Unternehmer halten zur Zeit auch deshalb mit ihren Entscheidungen zurück, weil sie eine weitere Zinssenkung und damit billigeres Geld zur Finanzierung ihrer Investitionen erwarten. Diese Zurückhaltung macht sich auch bei Banken und in anderen Wirtschaftskreisen bemerkbar; auch sie warten damit, sich neu zu verschulden. Die zum Teil höheren Zinssätze im Ausland hemmen jedoch die Zinssenkungsbestrebungen und machen erneut die relativ engen Grenzen einer nationalen Notenbankpolitik bei freier Umtauschbarkeit der Währungen erkennbar. In den ersten Monaten dieses Jahres haben die Banken wegen der höheren Zinssätze erhöhte Geldbeträge ins Ausland verlagert. Neuerdings

zeigen sich allerdings auch im Ausland, insbesondere am New Yorker Markt, Zinssenkungstendenzen, so daß die Hemmungen für eine Diskontsenkung in der Bundesrepublik entfallen. (Während des Druckes erfolgte eine weitere Zinssenkung auf 3½ vH, wirksam ab 14. April.)

Das Bundeswirtschaftsministerium hat für die Gespräche mit den Teilnehmern an der „konzertierten Aktion“ eine Zielprojektion für dieses Jahr ausgearbeitet. Danach erhofft es sich von den ergriffenen Maßnahmen nicht nur eine Umkehr der konjunkturellen Tendenzen, sondern für das ganze Jahr 1967 sogar einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um *real* 2 vH und *nominal* 4 vH. In diesem Rechenwerk ist eine Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 4 vH — Durchschnitt 1967 gegenüber Durchschnitt 1966 — angesetzt.

Bei ihrem Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister am 2. März haben sich die Teilnehmer aus den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Wirtschaft bereit erklärt, die vom Ministerium vorgelegte Zielsetzung „durch ihre eigenen autonomen Entscheidungen zu unterstützen“, wie es in der amtlichen Mitteilung über das Gespräch heißt. Die Zahlen werden als „Orientierungsdaten“ aufgefaßt und „können deshalb für einzelne Bereiche nicht als bindende Größen angesehen werden. Die Beteiligten sind sich aber darin einig, daß der Staat bei seinen Maßnahmen und die autonomen Gruppen bei ihren preis- und lohnpolitischen Entscheidungen diese Orientierungsdaten berücksichtigen sollten.“ Bei anderer Gelegenheit hat Prof. Schiller ausdrücklich festgestellt, daß die Tarifautonomie durch Orientierungshilfen nicht eingeschränkt werden darf.

Ein zweiter Eventualhaushalt?

Dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „erscheint es zweifelhaft, ob die vom Bundeswirtschaftsministerium angestrebten Ziele mit den bisherigen Maßnahmen erreicht werden können. Ein reales Wachstum des Sozialprodukts um 2 vH im ganzen Jahr 1967 wird sich wohl nur ergeben, wenn schon sehr bald starke konjunkturelle Auftriebskräfte zu wirken beginnen oder aber weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden.“ Diese Auffassung vertreten die Sachverständigen in einem Sondergutachten, das sie auf Wunsch des Bundeswirtschaftsministers, Prof. Schiller, ausarbeiteten und Ende März 1967 veröffentlichten³⁾. Für das 1. Halbjahr 1967 rechnen die Sachverständigen jedenfalls noch trotz der eingeleiteten Konjunkturmaßnahmen mit einem Rückgang des *realen* Bruttosozialprodukts um 1 bis 2 vH im Vergleich zum 1. Halbjahr 1966.

Die vorhandenen Produktionsanlagen und die Reserven an Arbeitskräften würden ausreichen, um in diesem Jahr für rund 30 Md. D-Mark oder 6 bis 7 vH mehr produzieren zu können als 1966. So schätzen die Sachverständigen in ihrem Gutachten, und sie sprechen sich dafür aus, daß die zur Zeit brachliegenden Produktionskapazitäten so rasch wie möglich wieder voll ausgenutzt werden. Hierzu empfehlen sie:

Die Aufträge aus dem Eventualhaushalt des Bundes sollten beschleunigt vergeben werden. Den Ländern und Gemeinden wird nahegelegt, über ihre bisherigen Planungen hinaus mehr und beschleunigt zu investieren.

Überhaupt sollte für alle öffentlichen Haushalte gelten: „Je mehr Staatsausgaben in die nächsten Monate vorgezogen werden, um so größer ist die Chance, daß gefährdete Arbeitsplätze noch rechtzeitig gesichert und unwiederbringliche Produktionsausfälle vermieden werden.“ Vor „einem gefährlichen Wettlauf zwischen nach unten revidierten Einschätzungen und Ausgabekürzungen“, der in manchen Länder- und Gemeindehaushalten nicht ausgeschlossen zu sein scheint, wird gewarnt. Es sei Aufgabe des Kapitalmarktes und der Banken, einschließlich der Bundesbank, konjunkturpolitisch gerechtfertigte Ausgaben zu finanzieren, falls sie nicht im geplanten Umfang von Steuereinnahmen gedeckt werden können.

Unverzüglich sollte ein weiterer Eventualhaushalt vorbereitet werden, der vor allem Investitionen im Bildungswesen, Nahverkehr und im Versorgungsnetz der Gemeinden berücksichtigt. Für diese Aufgaben, „denen ein hoher Rang für das wirtschaftliche Wachstum zukommt“, sind allerdings fast ausschließlich Länder und Gemeinden zuständig.

Der Rat hat keine Bedenken dagegen, diesen weiteren Investitionshaushalt sofort zu verwirklichen, *wenn* es gelingt, „die Tarifpartner und die Vertreter der wichtigsten Wirtschaftsgruppen zu einer lohn- und preispolitischen Absicherung“ der Expansionspolitik zu bewegen. In diesem Falle wären sogar eine befristete lineare Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer „als kurzfristig wirksames Mittel zur Belebung der privaten Nachfrage auf breiter Front“ sowie weitere Sonderabschreibungen vertretbar.

Übereinstimmend mit dem Sachverständigenrat ist auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dem Ergebnis gelangt, daß die bisher vom Bund beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um für dieses Jahr überhaupt ein Anwachsen des Sozialprodukts zu gewährleisten⁴⁾. Das Institut weist dies in einer eingehenden Unter-

3) Bundestags-Drucksache V/1588.

4) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 23. 3. 1967.

suchung nach⁵). Erst ein zweiter Investitions-haushalt, der im 2. Halbjahr 1967 zu weiteren zusätzlichen Investitionsaufträgen in Höhe von ebenfalls 2,5 Md. DM führt, würde die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts im 2. Halbjahr um 1 bis 2 Punkte — auf 2 bis 3 vH — ansteigen lassen.

Der vom Sachverständigenrat und vom DIW empfohlene zweite Eventualhaushalt enthält fast ausschließlich Investitionen, die in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden fallen. Gleich ob man von einem Eventualhaushalt spricht oder nicht, worauf es ankommt, ist, daß die Länder und vor allem die Gemeinden nicht weniger, sondern erheblich mehr als im vorigen Jahr investieren. Denn sie haben den größten Investitionsbedarf. Rund zwei Drittel der Bauinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden entfallen auf die Gemeinden, weniger als ein Fünftel auf die Länder und noch nicht ein Siebtel auf den Bund. Deshalb wurde an dieser Stelle bereits im November vorigen Jahres die Forderung erhoben, daß insbesondere die Gemeinden in die Lage versetzt werden müßten, in diesem Jahre mehr statt weniger zu investieren⁶). Die finanziellen Möglichkeiten hierzu sind jetzt vorhanden. Parlamente und Regierungen (Verwaltungen) der Länder und Gemeinden sollten nunmehr den Mut zu einer neuen Verschuldung haben. Nach den bisherigen Planungen würden in diesem Jahr jedoch die Investitionsausgaben der Länder um 3 vH und die der Gemeinden um 5 vH und hier wiederum die der kreisfreien Städte sogar um 14 vH niedriger sein als 1966. Konjunkturpolitisch erforderlich ist dagegen eine Zunahme um jeweils ein Zehntel.

Verbrauchsanregung durch Steuersenkung?

Das DIW stellt, ebenso wie der Sachverständigenrat, außerdem eine befristete Senkung der Einkommensteuer, insbesondere der Lohnsteuer, zur Diskussion. Sie sollte allerdings nicht linear erfolgen, sondern in Form eines festen, von der Steuerschuld abzuziehenden Betrages. Zweck dieser Steuersenkung soll es sein, die Verbraucher wieder zu einer größeren Ausgabefreudigkeit anzuregen. Wie das DIW in einer weiteren Untersuchung festgestellt hat, „ist die für das gesamtwirtschaftliche Wachstum so notwendige Expansion der Brutto-lohn- und -gehaltssumme keineswegs gewährleistet. Es ist zunächst bis zur Mitte des Jahres mit einer Zuwachsrate der gesamten Lohn- und Gehaltssumme von nur 1 bis 2 vH zu rechnen⁷). Ein großer — vielleicht sogar der überwiegende — Teil der Nettoeinkommenserhöhung wird aber bereits von den Mietsteigerungen — um 7,5 vH im Durchschnitt aller Arbeitnehmerhaushalte — absorbiert und steht somit für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs nicht zur Verfügung. Im ganzen lag der Preisindex für die Lebens-

haltung im Februar 1967 um 2,2 vH über dem Vorjahrsstand. Wenigstens im ersten Halbjahr 1967 ist also die Kaufkraft der Löhne und Gehälter schwächer als ein Jahr zuvor. Unsicherheit um die Arbeitsplätze und Ungewißheit über die wirtschaftliche Entwicklung haben zudem in den ersten Monaten dieses Jahres viele Arbeitnehmer veranlaßt, mehr zu sparen. Bevor aber die Verbrauchsausgaben nicht wieder wachsen, werden natürlich auch "die Absatzerwartungen der Unternehmer im Verbrauchsgüterbereich der Wirtschaft nicht steigen, und damit wird deren Investitionsbereitschaft weiterhin ungenügend sein.

Die Rezession muß also von zwei Seiten bekämpft werden. „Heute spricht vieles dafür, nicht allein an den Investitionen anzusetzen, sondern auch am vorgelagerten Verbrauch. Eine wirksame und dauerhafte Wiederbelebung der Konjunktur muß jetzt vermutlich alle ‚Organe‘ einschließen.“ So heißt es im Konjunkturbericht der Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt* vom 23. 3. 1967.

Günter Fehl

5) Wochenbericht des DIW vom 7. 4. 1967.

6) GM, H. 11/1966, S. 684.

7) Wochenbericht des DIW vom 31. 3. 1967.